

## **Protokoll des Parteirates am 15.06.2019**

### **Tagesordnung**

TOP 1: Begrüßung, Wahl des Präsidiums, Beschluss über die Geschäftsordnung

TOP 2: Aktuelle Lage der SPD

TOP 3: Themengebundene Workshops i.V.m. Antragsberatung

TOP 4: Abschließende Beratung und Abstimmung über die Anträge im Plenum

TOP 5: Verabschiedung

### **TOP 1 Begrüßung, Wahl des Präsidiums, Beschluss über die Geschäftsordnung**

Christiane Jäger begrüßt die Anwesenden. Sie lobt den engagierten Wahlkampf zur Europawahl, insbesondere den Einsatz der Jusos. Umso enttäuschender ist das Ergebnis auch in Köln. Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Der Rücktritt von Andrea Nahles kam für sie dennoch überraschend. Sie hätte sich einen anderen, geordneten Prozess in Richtung personeller Aufstellung gewünscht: es wird die SPD nicht retten, nur Personen durch Personen auszutauschen.

In Köln wurde 2017 der Prozess zu den Anträgen Steuergerechtigkeit und Migration und Flucht beschlossen. Die anschließende Arbeit ist vorbildhaft gewesen. Aufgrund der aktuellen Lage wird diese zunächst behandelt. Sie begrüßt Rolf Mützenich als kommissarischen Fraktionsvorsitzenden der Bundesfraktion.

Christiane Jäger schlägt für das Präsidium Katrin Bucher, Sarah van Dawen-Agreiter, Karl Zumsteg und Andre Schirmer vor. Das Präsidium wird bestätigt. Die Geschäftsordnung ist frist- und formgerecht vorgelegt worden. Initiativanträge sollen bis 10.30 Uhr vorliegen. Die Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen.

### **TOP 2 Aktuelle Lage**

**Rolf Mützenich** dankt dem Unterbezirksvorstand und den Ortsvereinen in seinem Wahlkreis für die Unterstützung, ohne die er die neue Herausforderung als kommissarischer Fraktionsvorsitzender gar nicht hätte annehmen können.

Er betont, dass man sich auch in diesen Zeiten nicht scheuen sollte, für die SPD ein Gesicht zu sein. Selbstbewusstsein und Solidarität untereinander sind zu stärken. Die Partei hat sich vor dem Hintergrund der industriellen Revolution für die Abgehängten gegründet. Deswegen ist es wichtig, aufzupassen, dass das Gift, das sich in der Gesellschaft ausbreitet, nicht in die Reihen der Partei kommt.

Er geht auf die Reform der Grundsteuer ein, die am morgigen Tag im Koalitionsausschuss beraten wird, und auf das Klimaschutzgesetz, das zurzeit in der Ressortabstimmung ist. Zuletzt geht er auf die Grundrente als Vorhaben der SPD ein.

Die entscheidende Frage aus seiner Perspektive wird nicht sein, ob wir aus der Koalition gehen, sondern wird sein, mit welchem Thema wir aus der Großen Koalition gehen.

Er verweist zudem als ein Beispiel für den notwendigen Einsatz der Sozialdemokratie auf die Situation für Adil Demirci und ergänzt die aktuelle Berichterstattung um persönliche Einblicke in den Fall.

**Christiane Jäger** stellt den Antrag des Unterbezirksvorstandes „**Impuls der KölnSPD für eine SPD auf der Höhe der Zeit**“ vor. Der Einbezug der Unterbezirke in die Bundespartei muss sich deutlich stärken.

**Julian Gürster (OV Ehrenfeld)** bringt den Antrag „**Für den sofortigen Austritt aus der Großen Koalition !**“ ein.

**Conny Schmerbach (OV Ehrenfeld)** bringt den Antrag „**Die Partei personell und inhaltlich erneuern**“ ein.

Es folgt eine intensive Debatte. Im Rahmen der Debatte wird die Redezeit auf zweieinhalb Minuten, dann auf zwei Minuten gekürzt.

Der Unterbezirksvorstand kündigt im Laufe der Debatte einen Mitgliederoffenen Parteirat im September an.

**Hendrik Weber (OV Bilderstöckchen)** bringt den Änderungsantrag zu dem Antrag der KölnSPD ein: Z. 61,62 ersetzen durch:

Demokratische Gesellschaften funktionieren auf der Grundlage von Kooperation, Rücksichtnahme und Fairness, nicht aufgrund von Konfrontation und Egoismen zu Lasten anderer. Nur so entsteht eine Gesellschaft in Balance und zwar in allen Bereichen: ökologisch, sozial und ökonomisch.

Wir haben dieses Ziel bisher nicht erreicht, weil uns in einer auf Solidarität aufgebauten Gesellschaft eine Wirtschaftsordnung leisten, die auf Egoismus, Konkurrenz und hemmungsloses Wachstum gründet und unsere ökologische Lebensgrundlagen zerstört.

Denn unsere Wirtschafts- und Lebensweise übernutzen wir unsere Erde seit Jahrzehnten. Deshalb heißt es zu einer neuen, zu einer reduktiven Lebensweise und Wirtschaftsform zu finden. Dazu gehört, dass wir in unserem Land den jährlichen Emissionsaustoß pro BundesbürgerIn von rd. 10 Tonnen CO<sub>2</sub> auf etwa 2 Tonnen reduzieren.

Es geht hier nicht um „Verzicht“, sondern um das Einstellen des Handelns, das uns eh nicht zusteht, weil es andere unzumutbar belastet. Es geht also hier um Solidarität um Rücksichtnahme. Wir brauchen eine solidarische Marktwirtschaft. Ihre Merkmale sind:

- Die Umstellung des Handelns und des Konsums auf das ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Maß
- Die Eliminierung der – der real praktizierenden Marktwirtschaft immanenten – Wachstumszwänge und –treiber mit ihren Steigerungslogiken.
- Die Eindämmung der Finanzwirtschaft zu einer dienenden Funktion für die Realwirtschaft.

**Der UBV tagt im September zu einem Mitgliederoffenen Parteirat.**

**Beschlüsse:**

- **Impulspapier inkl. Änderungsanträge: mehrheitlich überwiesen in Mitgliederoffenen Parteirat im September**
- **Personell und inhaltliche Erneuerung: mit knapper Mehrheit überwiesen in Mitgliederoffenen Parteirat im September**
- **Für den sofortigen Austritt aus der GroKo – wird zurückgezogen.**

Christiane Jäger macht abschließend deutlich, dass die Partei noch an ihrem Umgang miteinander arbeiten muss. Sie fordert die Partei auf, in der Sommerpause zu diskutieren. Die SPD duckt sich nicht weg.

**TOP 3: Themengebundene Workshops zu den aus dem Parteitag überwiesenen Anträgen**

**Kathi Letzelter** führt in das Konzept ein und benennt die Räume der nun folgenden Workshops:

- 1. Arbeit und Digitalisierung: Raum 311**
- 2. Stadtentwicklung: 210**
- 3. Wirtschafts- und Steuerpolitik: 211**
- 4. Gleichstellung: Kantine**
- 5. Umwelt: 209**
- 6. Cannabis: Kantine**
- 7. Organisationspolitik: Kantine**
- 8. Erneuerung: 213**

#### TOP 4: Abschließende Beratung und Abstimmung über die Anträge im Plenum

##### Anträge befasst

##### Anträge nicht behandelt

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission	Ergebnis
14 GesPo 1	Gleichstellung	Abschaffung 218 und 219	AsF	<b>Annahme in geänderter Fassung:</b> Zeile 1463 ersetzen: <del>Abschaffung der § 218 und §219 StGB</del> Schwangerschaftsabbruch entkriminalisieren – Schwangere unterstützen  In Zeile 1471 ergänzen: <u>Die Fristen, die jetzt im Strafgesetzbuch festgelegt sind (12 bzw 22 Wochen), sollen in einem anderen Gesetz wie beispielsweise dem Schwangerenkonfliktgesetz geregelt werden. Zudem sollen die Kammern der Ärzt*innen dies in ihren berufsethischen Standards und Regeln festlegen.</u>	<b>Annahme bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen</b>
15 GesPo 2	Gleichstellung	Sexismus bekämpfen	AsF	<b>Ablehnung (mehrheitlich)</b>  <b>Vorschlag WS-AG: Überweisen des Antrags an den</b>	<b>Annahme mit Vorschlag AG bei 1 Ablehnung und 1 Enthaltung</b>

				<b>Unterbezirk zur Überarbeitung in den AG</b>	
16 GesPo 3	Gleichstellung	Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten	AsF	<b>Annahme</b>  <b>Vorschlag WS-AG: Annahme</b>	<b>Annahme bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung</b>
17 GesPo 4	Gleichstellung	Streichung § 1905 BGB	AsF	<b>Überweisung an SPD-Landesvorstand</b> mit der ausdrücklichen Bitte, durch die Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) eine Bewertung der Thematik vornehmen zu lassen, um ggf. einen entsprechenden, an die BundesSPD gerichteten Beschluss zu fassen.  <b>Vorschlag WS-AG: Annahme mit Ergänzungssatz</b>	<b>Annahme mit 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen</b>
19 GesPo 6	Gleichstellung	Abschaffung und ‚Ersetzung‘ des Transsexuellengesetzes (TSG)	AsF	<b>Annahme in ergänzter Fassung:</b> Nach Z. 1673 wird ergänzt: <u>Wir begrüßen, dass bereits die Möglichkeit geschaffen wurde, männlich, weiblich und divers als Personenstand einzutragen. Es muss</u>	<b>Annahme bei 4 Enthaltungen und 3 Ablehnungen</b>

				<p>allen Menschen <b>unabhängig vom Geschlecht</b> offenstehen, den eigenen rechtlichen <u>Geschlechtseintrag (Personenstand) sowie den Vornamen zu ändern.</u> <u>Ferner soll die Zuständigkeit für die Änderungen zukünftig bei den Standesämtern und nicht mehr den Amtsgerichten liegen. Damit wird die Änderung des Vornamens und Personenstandes zu einem Verwaltungsakt, für den auch nur eine Verwaltungsgebühr und keine hohen Gerichtskosten anfallen. Eine Begutachtungspflicht und damit einhergehende medizinisch-psychologische Pathologisierung entfällt.</u></p> <p><b>Vorschlag WS-AG:</b>  <b>Streichung Konkretisierung der Antragskommission</b>  <b>Änderung im Text oben:</b>  <b>Streichung</b>  <b>„Soll entfallen“</b></p>	
20 GesPo 7	Stadtentwicklung	Trinkwasser verfügbar machen	Jusos	<p><b>Annahme und Überweisung</b> an Bundes- und Landesvorstand, Bundes- und Landtagsfraktion</p> <p><b>Vorschlag WS-AG:</b>  <b>Antrag zurücknehmen, präzisieren</b></p>	<b>Antrag wird zurück gezogen und nochmals überarbeitet</b>

<p>21 GesPo 8</p>	<p>Umwelt</p>	<p>Kohleausstieg 2030</p> <p><b>Änderungsantrag OV-Mitte:</b>  <b>Ab Zeile 197</b>  <b>„Hierzu sollen alle betroffenen Arbeitnehmenden eine Jobgarantie erhalten durch kräftige Investitionen in tarifgebundenen Arbeitsplätzen in öffentlicher Hand zur sofort notwendigen Energie- &amp; Verkehrswende“</b></p> <p><b>(ab 198 streichen)</b></p>	<p>Jusos</p>	<p><b>Ablehnung (mehrheitlich)</b></p> <p><b>Jusos stimmen Änderungsantrag zu unter der Bedingung, dass „in öffentlicher Hand“ gestrichen wird.</b></p> <p><b>Vorschlag WS-AG:</b>  Änderungsantrag auf 35 statt 30 Abstimmung über Variante a (35), Variante b (30)  (konkrete Formulierung liefert Marion zu)</p>	<p><b>Zustimmung zum GO-Antrag, Erörterung abzuschließen mit großer Mehrheit</b></p> <p><b>A: 19 Stimmen</b></p> <p><b>B: deutliche Mehrheit</b></p> <p><b>Wenige Enthaltungen</b></p> <p><b>Bei wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen Änderungsantrag OV-Mitte angenommen</b></p>
<p>22 GesPo 9</p>	<p>Arbeit u Digitalisierung</p>	<p>Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht ändern</p>	<p>Jusos</p>	<p><b>Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung:</b>  In Zeile 1749-1752 ersetzen:  <u>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine familienfreundlichere und Eltern entlastendere Ausweitung des Arbeitsrechts bei Krankheit der Kinder einzusetzen.</u></p> <p>In Zeile 1754 ersetzen:</p>	<p><b>1. Alter: bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen für 14 Jahre</b></p> <p><b>2. Annahme des geänderten Antrags bei 1 Enthaltung</b></p>

				<p>von 12 auf <del>18-14</del> Jahre ausgeweitet werden</p> <p>Zeilen 1756 - 1763 und Zeilen 1770 - 1776 ersatzlos streichen.</p> <p><b>Jusos:</b>  <b>Übernahme aller Änderungen außer der zum Alter</b></p>	
23 GesPo 10	Cannabis	Cannabis legalisieren	Jusos	<p><b>Annahme in geänderter Fassung:</b>  Z. 1782 ff. ersetzen: <u>Die KölnSPD begrüßt den Beschluss der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, in Form von Modellprojekten eine Legalisierung von Cannabis zu prüfen. Darüber hinaus fordern wir von der Bundestagsfraktion, sich für eine kontrollierte und bedachte Legalisierung von Konsum, Anbau und Handel von Cannabis für Erwachsene einzusetzen.</u></p> <p><b>Änderungsvorschläge WS-AG:</b>  Z.239 „bis zu 30 Gramm“ streichen,  Z.248 zwischen „Jugendschutz“ und</p>	<b>Annahme aller Änderungen bei wenigen Enthaltungen</b>

				<p>„sowie“ Einfügung: „und den Konsum“</p> <p>Z. 250: Hinzufügen von „die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr unter Einfluss von Cannabiserzeugnissen ist nicht gestattet“</p> <p>Z. 266: Streichen von „Wenn der Konsum legal möglich wäre, hätte man gar keinen Kontakt mehr zu anderen harten Drogen.“</p>	
		<b>Gesundheit</b>			
24 GesU 1		Recht auf Patientenverfügungs-Beratung sichern	Jusos	<b>Annahme</b>	<b>Zustimmung bei 1 Enthaltung</b>
		<b>Wirtschaftspolitik</b>			
33 WiPo 1	WiPo/Steuerpolitik Umwelt	Einheitliches Flaschenpfand einführen	Südstadt	<b>Ablehnung</b>  <b>Antrag WS-AG: Überweisung in das Umweltforum</b>	<b>Deutliche Zustimmung zur Überweisung an Umweltforum</b>
34 WiPo 2	Stadtentwicklung	Grundbedürfnisse nicht kapitalistisch ausschachten	Jusos	<b>Annahme (mehrheitlich) der ergänzten Fassung:</b> Ergänzung Zeile 2455: <u>Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass jede Raststätte und jeder Gastronomiebetrieb im öffentlichen Raum kostenfreie</u>	<b>Antragsteller ist damit einverstanden, dass der Antrag an das Umweltforum übergeben wird</b>

				Toiletten bereitstellen muss.	
35 WiPo 3	WiPo/Steuerpolitik Umwelt	Lebensmittelverschwendung bekämpfen –MHD regulieren	Jusos	<b>Überweisung an UBVo</b> zur Bearbeitung in einer ggf neu/wieder zu gründenden Forum oder einer AG zum Thema Umwelt	<b>Antrag wurde vom Antragsteller zurück gezogen</b>
36 WiPo 4	WiPo/Steuerpolitik	Keine Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften	Sülz/Klettenberg	<b>Überweisung an UBVo mit der Empfehlung</b> , die AG Steuergerechtigkeit wieder einzusetzen und dort auch das Thema Umgang mit Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften bearbeiten zu lassen.  <b>Zusatz WS-AG: Verweis auf §8a II, III, 8b KStG</b>	<b>Annahme bei 2 Enthaltungen</b>
37 WiPo 5	WiPo/Steuerpolitik	Gewerbsteuerpflicht für Freiberufler	Sülz/Klettenberg	<b>Überweisung an UBVo mit der Empfehlung</b> , die AG Steuergerechtigkeit wieder einzusetzen und dort auch das Thema Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler bearbeiten zu lassen.  <b>Zusatz WS-AG: Überweisung an AG Steuer</b>	<b>Zustimmung bei 4 Ablehnungen und wenigen Enthaltungen</b>
38 WiPo 6	Arbeit u Digitalisierung	Bessere Arbeitsbedingungen f Paketzusteller*innen	Jusos	<b>Annahme in geänderter Fassung:</b> Z. 2530 ff. Damit sich die schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Paketbranche	<b>Antrag wurde zurück gezogen</b>

				<p>nicht weiter ausbreiten, fordern wir die Einführung einer Nachunternehmerhaftung. <u>Die SPD Köln unterstützt damit die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen zur Einführung einer Nachunternehmerhaftung für Paketbotinnen und Paketboten und fordert ebenfalls, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche zu schaffen. Zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte sind dabei insbesondere die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge zu sichern und die Dokumentationspflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit zu erweitern. Diese Maßnahme führt dazu, dass das Paketdienstleistungsunternehmen für die Sozialversicherungsbeiträge seiner Subunternehmen haftet.</u> Ähnliche Regelungen gibt es bereits in der Baubranche und der Fleischindustrie.</p>	
39 WiPo 7	Gleichstellung	Senkung MWSt für Damenhygienartikel	Jusos	<b>Annahme</b>	<b>Zustimmung bei wenigen Enthaltungen und Ablehnungen</b>
		<b>Umweltpolitik</b>			
65 UmPo 1	Umwelt	Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik	Sülz/Klettenberg	<b>Annahme der geänderten Fassung:</b> Z. 3432 - 3436 ersetzen durch:	

				Die KölnSPD begrüßt den Beschluss auf EU-Ebene, Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten im Rahmen des europäischen Chemikalienrechts zu verbieten und fordert die deutschen Vertreter auf, dem Vorschlag der europäischen Chemikalienagentur ECHA zuzustimmen.	
		<b>Verkehrspolitik</b>			
66 VPol 1	Arbeit u Digitalisierung	Raststätten für LKW Fahrer	Eil-Finkenberg	<b>Annahme in geänderter Fassung:</b> Z. 3460: ...Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen die Schaffung ausreichender sanitärer Einrichtungen für die Fernfahrer.	
67 VPol 2	Umwelt	Kostenloser ÖPNV in NRW	Jusos	<b>Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung:</b> Vor Z. 3478 ergänzen: <u>Weiterleitung an Landesvorstand und SPD Landtagsfraktion</u>  Streichung Z. 3480 „...Zur Finanzierung...“ bis Z. 3484 „...geprüft werden.“	
68 VPol 3	Umwelt	Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV	Jusos		<b>Überweisung auf kommunalpolitischen Parteitag Nov. oder Dez. 2019</b>

		<b>Organisationspolitische Anträge</b>			
72 Org 1	Orga SPD intern	Abstimmungsverfahren Anträge – ohne Votum Ant.komm und Abstimmung über den Ur-Antrag	Jusos Köln	<b>Überweisung an neu gewählten UBVo</b> mit der Empfehlung eine Arbeitsgruppe zum Thema Antragsberatung / Antragskommission einzusetzen	<b>Zusammen mit 73 zurückgezogen zugunsten neuen Antrags</b>
73 Org 2	Orga SPD intern	Aufgaben der Antragskommission	Südstadt	<b>Überweisung an neu gewählten UBVo</b> mit der Empfehlung eine Arbeitsgruppe zum Thema Antragsberatung / Antragskommission einzusetzen	<b>Zusammen mit 72 zurückgezogen zugunsten neuen Antrags</b>
<b>Ersatz- Antrag zu 72 und 73</b>				<b>WS-AG: Streichung letzter Satz Seite 1 („Die Antragskommission soll zu Änderungsanträgen, die erst auf dem Parteitag gestellt werden, kein Votum abgeben.“)</b>	<b>Zustimmung</b>  <b>Annahme des geänderten Antrags</b>
74 Org 3	Orga SPD intern	Delegierte Bundesparteitag nur für ein Jahr wählen	Ehrenfeld	<b>Ablehnung</b>	
75 Org 4	Orga SPD intern	Aufstellungsverfahren Kandidaturen mit allen Mitgliedern	Ehrenfeld	<b>Annahme (mehrheitlich)</b>	
76 Org 5	Orga SPD intern	Mindestens halbjährige Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene	Ehrenfeld	<b>Annahme (mehrheitlich)</b>	
78 Org 7	Orga SPD intern	Anträge/Beschlüsse auf HP einstellen	Ehrenfeld	<b>Annahme</b>	
79 Org 8	Orga SPD intern	Appell Forderung an Bundespartei und Forderung an die MdB	Bocklemünd/Mengenich	<b>Nichtbefassung</b> Antragscharakter nicht gegeben	
80 Org 9	Orga SPD intern	Jährlich kommunal politischer Parteitag	Braunsfeld	<b>Ablehnung</b>	

81 Org 10	Orga SPD intern	Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen	Jusos	<b>Annahme</b>	
82 Org 11	Orga SPD intern	Einführung einer Jugendquote	Jusos	<b>Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung:</b> In Z. 3963 und in Z. 3966 wird „40 Jahren“ durch „35 Jahren“ ersetzt	
83 Org 12	Orga SPD intern	Kosteneffiziente Wahlkämpfe	Jusos	<b>Überweisung an neu gewählten UBVo</b>	
84 Org 13	Orga SPD intern	Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken	Porz/Poll	<b>Annahme</b>	
85 Org 14	Orga SPD intern	SPD-Portal – Bereitstellung einer SPD-Plattform	Jusos		<b>wurde vom Antragsteller zurückgezogen</b>
<b>„Initiativ- antrag“</b>		<b>Nein zur aktuellen Aufrüstung und zum sogenannten „Geordnete- Rückkehr-Gesetz“ – für zivile und humane Politik</b>	<b>Ehrenfeld</b>		<b>Abstimmung über Nichtbefassung: 34 zu 19 für Nichtbefassung</b>

**Grau Hinterlegtes wurde an den nächsten Parteirat weitergeleitet**

### **TOP 5: Verabschiedung**

Schlusswort Christiane - Reflexion des Tages und Zielfrage "Wie erreichen wir unsere Mitglieder?"

### **Gezeichnet:**

**Sarah van Dawen-Agreifer (TOP 1-3)**

**Andre Schirmer (TOP 4-5 + Redaktion TOP 1-5)**

**Karl Zumsteg (Reaktion TOP 1-5)**